*Gestützt auf Art. 8 Abs. 2 des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden*¹

*von der Regierung erlassen am 18. Dezember 1978*²

I. Organe

Art. 1 Kantonales Wahlbüro a) Standeskanzlei

Die Standeskanzlei ist kantonales Wahlbüro im Sinne von Artikel 7 der Verordnung des Bundesrates über die politischen Rechte.³

Art. 2⁴ b) Aufgaben

¹ Der Standeskanzlei obliegt die Durchführung und Beaufsichtigung der Nationalratswahlen.

² Sie erlässt insbesondere die erforderlichen Mitteilungen im Kantonsamtsblatt und an die Bundeskanzlei, nimmt die Wahlvorschläge entgegen und bereinigt diese im Sinne von Artikel 21 ff. des Bundesgesetzes über die politischen Rechte⁵, führt die Instruktion der Gemeinden durch, stellt den Gemeinden alle Wahlunterlagen und Auszählformulare zu, organisiert die telefonische Mitteilung der Wahlergebnisse und die Zustellung der Wahlakten der Gemeinden am Wahlsonntag, kontrolliert die Gemeindewahlergebnisse und stellt das kantonale Wahlergebnis zusammen.

³ Die Standeskanzlei erstellt für die Gemeinden eine Wahlanleitung mit den wichtigsten Musterbeispielen.

Art. 3 c) Hilfskräfte

¹ Für die Erfüllung dieser Aufgaben steht dem Kanzleidirektor in erster Linie das Personal der Standeskanzlei zur Verfügung.

² Er ist befugt, für die Kontrollarbeiten und die Zusammenstellung des kantonalen Wahlergebnisses Hilfskräfte aus den Verwaltungsabteilungen beizuziehen. Für die Zustellung der Wahlakten der Gemeinden am Wahlsonntag kann er die Dienste der Kantonspolizei beanspruchen.

³ Die Regierung regelt die Entschädigung bzw. die Kompensation für die mit den Nationalratswahlen verbundene Überzeit des Personals der Standeskanzlei und der Hilfskräfte.

Art. 4 Gemeindewahlbüro a) Zusammensetzung

Jeder Gemeindevorstand bestellt rechtzeitig vor jeder Nationalratswahl ein Wahlbüro, dessen Mitgliederzahl der Grösse der Gemeinde entspricht und eine genaue und rasche Zähl- oder Kontrollarbeit gewährleistet.

Art. 5 b) Leitung

¹ Der Gemeindevorstand oder das Gemeindewahlbüro bestimmt einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten und einen Aktuar.

² Diese bilden den Vorstand des Wahlbüros, welcher die Zähl- und Kontrollarbeit leitet, die erforderlichen Entscheide trifft und für die rechtzeitige Mitteilung der Gemeindewahlergebnisse und für die einwandfreie Zustellung der Gemeindeakten verantwortlich ist.

³ Präsident und Aktuar unterzeichnen die Formulare und Protokolle.

Art. 6 c) Gemeindevorstand als Wahlbüro

Der Gemeindevorstand oder der Gemeinderat kann sich selbst als Wahlbüro konstituieren. Artikel 5 findet sinngemäss Anwendung.

II. Wahlvorschläge

Art. 7 Termine

¹ Die Wahlvorschläge sind spätestens am 48. Tage (am siebtletzen Montag) vor dem Wahltag⁶ bei der Standeskanzlei einzureichen.⁷

² Nach dem 41. Tage (am sechstletzen Montag) vor dem Wahltag⁸ können die Wahlvorschläge nicht mehr geändert werden.

³ Erklärungen über Listen- und Unterlistenverbindungen sind bis spätestens am 41. Tage (am sechstletzten Montag) vor dem Wahltag ⁹) schriftlich bei der Standeskanzlei einzureichen.

Art. 8 Prüfung, Numerierung und Veröffentlichung

¹ Die Standeskanzlei prüft die Wahlvorschläge im Sinne von Artikel 21 ff. des Bundesgesetzes über die politischen Rechte ¹⁰ zuhanden der Regierung.

² Sie veröffentlicht im Kantonsamtsblatt so früh als möglich die definitiven Listen mit ihren Bezeichnungen und arabischen Ordnungsnummern sowie mit dem Hinweis auf allfällige Listen oder Unterlistenverbindungen.

³ Die Reihenfolge der Ordnungsnummern der Listen richtet sich nach der Stärke der Parteien oder Organisationen auf Grund der letzten Nationalratswahlen. Nachher folgen Parteien oder Organisationen, welche sich an den letzten Nationalratswahlen nicht beteiligt haben, wobei für die Numerierung die Reihenfolge des Einganges der Listen massgebend ist.

⁴ Von den im Kantonsamtsblatt als endgültig bereinigt publizierten Wahlvorschlägen erhalten die Gemeindevorstände Separatabzüge zuhanden der Gemeindegewahlbüros.

III. Wahlzettel

Art. 9 Amtliche Wahlzettel, Arten

¹ Als Wahlzettel gelten nur die amtlichen Wahlzettel, die von der Standeskanzlei in der Form von Listenwahlzettel für sämtliche Listen und von Wahlzetteln ohne Vordruck erstellt werden. Nichtamtliche Wahlzettel sind ungültig.

² Für die Abstempelung der Wahlzettel findet Artikel 7 der Verordnung der Regierung über die Führung der Stimmregister und das Abstimmungsverfahren ¹¹ sinngemäss Anwendung.

Art. 10 Zustellung

¹ Die Standeskanzlei stellt die Wahlzettel spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag den Gemeinden in genügender Zahl zur Verfügung.

² Der Gemeindevorstand stellt spätestens zehn Tage vor dem Wahltag jedem Stimmberechtigten je einen Listenwahlzettel und einen Wahlzettel ohne Vordruck zu.

³ Der Nichtempfang der Wahlzettel bildet nur dann einen Beschwerdegrund, wenn rechtzeitig d.h. vor der Schliessung der Urne ohne Erfolg amtliche Wahlzettel verlangt wurden.

⁴ An Wahltagen sind amtliche Wahlzettel in den Wahllokalen in angemessener Zahl bereitzuhalten.

Art. 11 Ausfüllen des Wahlzettels

¹ Wahlzettel ohne Vordruck sind handschriftlich auszufüllen. Streichungen, Änderungen oder Ergänzungen an den gedruckten amtlichen Listenwahlzetteln sind statthaft, dürfen aber nur handschriftlich vorgenommen werden.

² Änderungen, Streichungen oder Ergänzungen mit Maschinenschrift, Stempel und dergleichen machen jeden Wahlzettel ungültig.

³ Ungültig sind ebenfalls Wahlzettel, welche die Unterschrift des Wählers oder auf der Vorder- oder Rückseite sonstige Erkennungszeichen enthalten, die den Zweck verfolgen, das Geheimnis der Stimmabgabe zu verletzen.

IV. Stimmabgabe

Art. 12 Anwendbares Recht

¹ Die Stimmabgabe ist geheim. Stellvertretung ist nicht gestattet.

² In bezug auf den Stimmrechtsausweis, den Ort, die Zeit und die Kontrolle der Stimmabgabe sowie die briefliche Stimmabgabe, die Stimmabgabe an Vortagen, die Stimmabgabe Invalider sowie die Stimmabgabe von Wehrmännern, Zivilschutzpflichtigen und Auslandschweizern gelten die einschlägigen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Bestimmungen.

V. Ermittlung der Gemeindeergebnisse

Art. 13 Massgebende Bestimmungen

Für die Ermittlung der Gemeindeergebnisse sind Artikel 35-38 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte ¹² sowie die Anleitungen der Bundes- und der Standeskanzlei massgebend.

Art. 14 Amtliche Streichungen oder Änderungen

Die bei der Zähl- und Kontrollarbeit als ungültig vorgenommenen Streichungen oder Änderungen müssen dem Vorstand des Wahlbüros zur Prüfung vorgelegt werden. Sie sind auf dem Wahlzettel in roter Farbe und unter Beifügung der Buchstaben W. B. (Wahlbüro) und des Namens der verantwortlichen Zähler kenntlich zu machen.

Art. 15¹³ Telefonische Mitteilung

Die Wahlergebnisse sind der Standeskanzlei nach besonderen Weisungen am Wahltag bis spätestens um 19.00 Uhr zu melden.

Art. 16¹⁴ Zustellung des Wahlmaterials

¹ Nach erledigter Zählung und Kontrolle der Stimmen und nach erfolgter telefonischer Meldung der Ergebnisse an die Standeskanzlei sind die ausgefüllten und unterzeichneten Formulare (1-3) zusammen mit dem unterzeichneten Protokoll (Formular 4) und den Wahlzetteln gemäss den besonderen Weisungen der Standeskanzlei an diese zu übergeben oder für den Abholdienst bereitzuhalten.

² Die Wahlzettel sind im Sinne der Anleitung der Standeskanzlei vorher genau zu sortieren, zu überschreiben, zu versiegeln und entsprechend zu verpacken.

VI. Ermittlung und Veröffentlichung des kantonalen Wahlergebnisses

Art. 17 Ermittlung und Zusammenstellung

Für die Ermittlung und Zusammenstellung des kantonalen Wahlergebnisses durch die Standeskanzlei gelten Artikel 34-43 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte ¹⁵⁾ sowie Artikel 7-13 der Verordnung des Bundesrates über die politischen Rechte. ¹⁶

Art. 18 Losziehung

Eine allfällige Losziehung im Sinne von Artikel 41 und 43 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte ¹⁷⁾ erfolgt anlässlich einer Sitzung der Regierung durch den Regierungspräsidenten.

Art. 19 Veröffentlichung, Übermittlung

¹ Die Veröffentlichung des kantonalen Wahlergebnisses und die Übermittlung der Wahlprotokolle an den Bundesrat durch die Standeskanzlei richten sich nach Artikel 52 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte ¹⁸ sowie nach Artikel 13 und 14 der Verordnung des Bundesrates über die politischen Rechte ¹⁹.

² Die Veröffentlichung im Kantonsamtsblatt hat den Hinweis auf die Beschwerdemöglichkeit im Sinne von Artikel 77 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte ²⁰ zu enthalten.

VII. Schlussbestimmungen

Art. 20 Inkrafttreten, Aufhebung des bisherigen Rechtes

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1979 in Kraft. Gleichzeitig wird die Verordnung der Regierung vom 12. September 1919 ²¹ aufgehoben.

Endnoten

- 1 BR 150.100
- 2 Vom Bundesrat genehmigt am 7. Februar 1979
- 3 SR 161.11
- 4 Fassung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; von der Bundeskanzlei genehmigt am 7. November 1994; auf den 15. November 1994 in Kraft getreten
- 5 SR 161.1
- 6 Art. 21 BG, SR 161.1
- 7 Aufhebung bisheriger Art. 7 Abs. 2 mit RB vom 18. Oktober 1994; siehe FN zu Art. 2
- 8 Art. 31 GB, SR 161.1
- 9 Art. 31 GB, SR 161.1
- 10 SR 161.1

- 11 **BB 150.200**
- 12 **SR 161.1**
- 13 **Fassung gemäss RB vom 18. Mai 1987; vom Bundesrat genehmigt am 3. Juli 1987**
- 14 **SR 161.11**
- 15 **Fassung gemäss RB vom 18. Mai 1987; vom Bundesrat genehmigt am 3. Juli 1987**
- 16 **SR 161.11**
- 17 **Fassung gemäss RB vom 18. Mai 1987; vom Bundesrat genehmigt am 3. Juli 1987**
- 18 **Fassung gemäss RB vom 18. Mai 1987; vom Bundesrat genehmigt am 3. Juli 1987**
- 19 **SR 161.11**
- 20 **SR 161.1**
- 21 **aRB 46 und AGS 1967, 417**